

Wochener Arbeit und Umgebung an das Vaterland die Pflicht des deutschen Aufstiegs weiter zu ertragen. Die Arbeit der deutschen Reichsregierung, der Länderregierungen und aller anderen öffentlichen Organe in Deutschland, insbesondere der Volksvertretungen, wird in Gemeinschaft mit dem ganzen deutschen Volke auf der Grundlage von Locarno darauf abgesehen haben, daß wir sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete in immer steigendem Maße Nutzen aus der Herstellung eines wirklichen Friedens in Europa ziehen.

Die Rede des Reichsministers wurde mit voller Aufmerksamkeit angehört und fand, abgesehen vom kleinen Zwischenruf, im allgemeinen eine ruhige, vielfach eine beifällige Aufnahme.

Für die am Dienstag beginnende Locarno-Debatte im Reichstag sind als Redner gemeldet: Abg. Wels (Soz.), Westarp (Dn.), Abg. Lehrenbach (Zentr.), Scholz (D. Vp.), Frau Jettin (Kom.), Koch-Weser (Dem.), Brodt (Wirt. Vg.), Graf Reventlow (Bölk.) und Abg. Betschewfeld (Bahr. Vp.).

Klara Jettin kommt zu den Locarno-Debatten.

Klara Jettin wird bei den Locarno-Debatten als Vertreterin der Kommunisten im Reichstage rednerisch auftreten. Sie kehrt heute, Dienstag, aus Rußland zurück, wo sie sich beinahe zwei Jahre lang aufgehalten hat. Ihr Gesundheitszustand soll sich in Moskau derartig gebessert haben, daß sie die Kraft in sich fühlt, im Reichstage wieder tätig zu sein.

Ein Reichsgesetz für die Fürsten-Abfindung.

Berlin, 23. November. Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, einen Gesetzentwurf über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früheren regierenden Fürstenhäusern einzuordnen. Der Entwurf bestimmt folgendes:

- § 1. Die Länder werden ermächtigt, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern, soweit sie noch nicht Rattegehandlungen hat, durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges zu regeln.
- § 2. Wird durch ein Landesgesetz eine Enteignung ausgesprochen, so kann die Entschädigung evtl. durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges festgelegt werden.
- § 3. Soweit bereits erlassene Landesgesetze eine Enteignung ausgesprochen, wird die Entschädigung mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wirksam. Die Entschädigung kann auch in diesem Falle durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges festgelegt werden.
- § 4. Bei der Festsetzung der Abfindungen und Entschädigungen ist der Ausfall der Ausgaben zu berücksichtigen die von den früher regierenden Fürstenhäusern für die Hofhaltung, für die Repräsentation, für die Unterhaltung der Hoftheater und für sonstige mit der Hofhaltung zusammenhängende Zwecke getragen worden sind.
- § 5. Soweit die Fürstenhäuser bereits rechtskräftig abgefunden worden sind, erfolgt eine Aufwertung nach den Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes mit der Maßgabe, daß die Aufwertung, wenn sie nach diesem Gesetz über 25 Prozent hinaus zulässig ist, den Goldmarkwert der gewählten Abfindungssumme nicht übersteigen darf.
- § 6. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Echo der Mussolini-Rede.

Belgrad, 23. Nov. Der neue Unterrichtsminister, der kroatische Bauernführer Stephan Raditsch, wandte sich gestern in Laibach in einer Volksversammlung sehr scharf gegen Italien. Raditsch führte aus: Die kroatische-serbische Verständigung wird in Zukunft niemandes mehr Spielzeug sein, wie sie das Spielzeug des zaristischen Rußlands gewesen ist. Sie wird weder das Spielzeug des bolschewistischen Rußland, noch Großbritanniens, noch Frankreichs und am wenigsten Italiens sein. Wenn in Italien die Abenteuerpolitik die Oberhand gewinnen sollte, wird Italien nicht nur uns gegen sich haben, sondern auch die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und die Türkei. Zwischen diesen Staaten gibt es keine Verträge, die gegen Italien gerichtet wären, aber sie werden durch stärkere als geschriebene Konventionen verbunden. Wenn in Italien offen dafür agitiert wird, daß Dalmatien italienisch sei, und daß Italien näher an Agrum und Laibach heranrücken müsse, dann rufen wir — nicht dem italienischen Volk, das wir achten — sondern der faschistischen Regierung zu: Ihr wißt, was das neue Europa bedeutet. Sobald ihr eure Grenzen überschreitet, werdet ihr schon den Effekt sehen. Engländer, Franzosen und Russen sind die Wohlthäter Italiens. Sie haben ihm zur Einigung verholfen. Wenn der Faschismus das Nationalitätenprinzip mit Füßen treten sollte, werden wir, die aufgeklärten Völker, aber auch noch jemand, den ich nicht nennen will, ihn stützen, wie der österreichische, ungarische und preussische und der russische Militarismus gestützt wurden. Wir machen einen Unterschied zwischen dem großen italienischen Volk und den Schwarzhemden, die einen Schandfleck auf dem Ruhm der italienischen Zivilisation sind. Was in Italien innerlich vorgeht, schmerzt uns, geht uns aber weiter nichts an. Wenn sich die Faschisten aber unseren Grenzen nähern oder sie gar überschreiten sollten, dann werden sie 100 Millionen Menschen vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer gegen sich haben.

Stephan Raditsch erklärte schließlich, daß die Slowenen, von denen ein Teil in Österreich-Kärnten und ein Teil in Italienisch-Sirien lebe, noch geehrt werden müßten. (Wie diese Grenze Kärntens ist, ist durch die Volksabstimmung festgelegt. D. Red.)

Ueberritt der Liberalen zum Faschismus.

Rom, 23. November. Aus zahlreichen Städten, darunter Florenz, Mailand und Ancona, wird gemeldet, daß die dortigen Ortsgruppen der liberalen Partei den Beschluß gefaßt haben, sich den Faschisten anzuschließen. Auch zahlreiche Senatoren und Abgeordnete werden in nächster Zeit ihren Ueberritt zum Faschismus erklären.

Die Kabinettskrise in Frankreich.

Kabinetts-Orlando

Paris, 23. November. Die radikale und die radikal-sozialistische Kammerfraktion hielten heute vormittag eine Sitzung ab, in der der Abgeordnete Rabby Bericht über die heutige Sitzung der Vertreter des Kartells der Linken erstattete und die Tagesordnung, die dort angenommen worden war, vorlegte. Einige Redner traten für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Politik des Kartells der Linken unter Beteiligung der Sozialisten oder wenigstens für die Fortsetzung der Unterstützungspolitik, die bisher von der sozialistischen Fraktion loyal durchgeführt worden sei, ein. Der Abgeordnete Ducos erklärte, daß eine Konzentration der Linken in der Kammer nicht möglich sei. Dem wurde vom Abgeordneten Franklin-Bouillon widersprochen, der die Schaffung einer Regierung der nationalen Einheit forderte, da die radikale Partei aus der Zusammenarbeit mit den Sozialisten ohne eine Unterstützung durch die Linken keinen Schaden erleiden würde. Ein Abgeordneter schlug darauf vor, die Fraktion der Mehrheit möchte doch zwei oder drei Mitglieder ernennen, die ein Minimalprogramm für die Regierung aufstellen sollten, dem sich sämtliche Linkengruppen anschließen könnten. Auf diese Weise würde das Auseinanderfallen des Kartells vermieden werden. Dieses Minimalprogramm könnte außer der Lösung des Finanzproblems auch noch vier oder fünf wesentliche Punkte der inneren und äußeren Politik enthalten, z. B. Verabschiedung der militärischen Dienstzeit auf ein Jahr, Einheitschule, soziale Versicherung, äußere Befriedigung usw. Der Abgeordnete Bagille verteidigte denselben Standpunkt, doch wurde noch kein Beschluß gefaßt, vielmehr die Sitzung auf heute nachmittags 4 Uhr vertagt, wo die Beratung fortgesetzt werden soll. Am Schluß der Sitzung erklärte Abgeordneter Franklin-Bouillon, es scheine aus der Erörterung hervorzugehen, daß die radikale Partei beabsichtige, die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung zu fordern und ihnen die große Linie eines gemeinsamen Programms bezüglich der Finanzpolitik, der Kolonialpolitik, der auswärtigen Politik usw. zu unterbreiten und gleichzeitig auch die Frage der Rückkehr zu Arrondissementswahlen zu stellen. Wir wollen, erklärte Bouillon, die Sozialisten vor die Verantwortlichkeit stellen und eine Regierung unterstützen, die Bestand hat. Wenn wir zu keiner Verständigung mit den Sozialisten kommen, dann werden Leute wie ich unsere Handlungsfreiheit wieder erlangen.

Es wurde folgende Erklärung angenommen: „Die Fraktion der Radikalen Linken erklärt, daß sie ihr Vertrauen jeder Regierung geben werde, die entschlossen ist, eine Politik im Sinne der Wiederherstellung durch die allgemeinen Wahlen zum Ausdruck gekommenen Entscheidungen zu treiben, und die mit der durch die Umstände gebotenen Energie die Verteilung der republikanischen Einrichtungen und die Sanierung der nationalen Finanzen betreiben wird.“

Der Verwaltungsrat der Sozialistischen Partei

mit den Mitgliedern der sozialistischen Kammerfraktion wird die Frage der Teilnahme an der Regierung heute nachmittags prüfen. Ausgleich wird wahrscheinlich auch die Berufung des Nationalrates beschlossen werden, um über die Beteiligung an der Regierungsbildung zu entscheiden.

In allen Pressestimmen kommt zum Ausdruck, daß höchste Eile geboten ist. So schreibt „Journal“: Ein Name schwebt auf aller Lippen, nämlich der Orlando, der die Friedensidee von Locarno zum Siege geführt hat. Wie beruhigend wäre es, wenn Orlando am 1. Dezember in London als Ministerpräsident Frankreichs den Vertrag von Locarno unterzeichnen würde, dessen Annahme durch die übrigen Mächte er durchgesetzt hat. Aber man muß sich beeilen. Die Finanzlage ist ernst, die Fälligkeitstermine stehen bevor. Wir brauchen sofort ein Ministerium, und zwar mit einem Führer, dessen Prestige groß genug ist, damit die große Mehrheit, die Painlevé wünschte, sich um ihn schart. Unter diesen Bedingungen allein wird die so schwere Lage des Landes sich bessern.

Wahrenehmung der Geschäfte des zurückgetretenen Reichsministers.

Berlin, 23. November. Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichsanwalters Dr. Lütjers den Reichsanwalt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und den Reichsminister Dr. Brauns mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt.

Die Heilichen Gewerkschaften zum Entwurf der Arbeitslosenversicherung.

Das Bezirkskartell Dresden der christlichen Gewerkschaften befahte sich in einer Versammlung am Freitag mit dem Gesetzentwurf zur Arbeitslosenversicherung. Bezirksleiter Bäder-Dresden erläuterte den Entwurf und legte, daß er noch viele Mängel enthält. Diese wurden auch in der Aussprache kritisiert und der Wille der Versammlung in folgender einstimmig angenommenen Entschließung festgelegt:

Die Versammlung begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf und erwartet die baldige Einführung einer staatlichen Erwerbslosenversicherung. Das Gesetz muß auch den Kurzarbeitern eine Unterstützung garantieren. Der Begriff „unverschuldete Arbeitslosigkeit“ muß auch diejenigen Personen umfassen, die mittelbar durch die Folgen eines Streiks oder einer Aussperrung arbeitslos werden. Der Bezug der Arbeitslosenunterstützung darf bei einer Erwerbslosenversicherung nicht von der Prüfung der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden. Die Hauptunterstützung muß auf 50 Prozent der Ehegattenzuschlag auf 10 Prozent und der Höchstbetrag auf 85 Prozent des Grundlohnes erhöht werden. Die Versammlung erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften die baldige Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen.

Ungarischer Reichstag. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß der russische Außenminister Tschitscherin in den nächsten Tagen in Paris eintrifft, um persönlich mit der französischen Regierung zu verhandeln. Gleichzeitig wird der französische Botschafter in Moskau Desbette in Paris ein-

Aus Stadt und Land.

Mus, den 24. November 1926.

Gläubiger-Versammlung der Vereinsbank Aus.

Gestern nachmittag fand die Saal des Blauen Engels eine Sitzung der Gläubiger der Vereinsbank Aus, die infolge der Zahlungs Einstellung der Bank ein Stelldichlein geben. Eine wenig erfreuliche Zusammenkunft. Viele, viele kleine Geschäftsleute saßen, von schwersten Sorgen bedrückt, auf ihren Stühlen. Am eindringlichsten kam die Stimmung und die schwere Lage der durch die Bank Geschädigten zum Ausdruck in den Ausführungen des Kohlenhändlers Seidel. Nicht nur, daß den Sparern und Geschäftsländern, die Guthaben bei der Bank haben, die Möglichkeit genommen ist, über ihre Gelder für Einkäufe und notwendige, unaufschiebbare Zahlungen zu verfügen, die Geschäftsleute haben auch keine Stelle mehr, wohin sie ihre Wechsel, die heute mehr denn je Zahlungsmittel geworden sind, geben, um sie zu barem Gelde zu machen. Die Mittel aller Banken sind heute aufs höchste angepannt, so daß neue Kunden nur mit Schwierigkeiten angenommen werden können.

Der einstweilige Leiter der Vereinsbank, Große, erstattete einen Bericht über den Vermögensstand. Nach diesem belaufen sich die Verluste, die teils bereits eingetreten, teils noch zu erwarten sind, auf etwa 280 000 Mark. Zur Deckung dieses Betrages stehen buchmäßig zur Verfügung 83 000 Mark noch ausstehender Beträge für gezeichnete Anteile der Genossen. Weiter würde zur Deckung noch die Darlehenssumme der Genossen im Betrage von 150 000 Mark herangezogen werden müssen. Das ist aber nur möglich im Falle des Konkurses. Der Konkurs würde sich aber lange hinziehen und viel Mittel selbst in der Durchführung aufzehren, weshalb am Ende eine volle Befriedigung der Gläubiger ausgeschlossen erscheint, abgesehen davon, daß die Genossen die gezeichneten Anteile und die dafür noch auszubringende Darlehenssumme verlieren würden, deshalb, so führte Herr Große an und der die Versammlung leitende Revisor Siehweager aus, müsse alles versucht werden, um einen Konkurs zu vermeiden. Es müsse zunächst die Einleitung der Geschäftsaufsicht anstrebt werden. Dann müßte die Einzahlung der Restzahlungen auf Anteile (83 000 Mark) folgen und die Aufsichtsratsmitglieder der Bank in den Jahren 1924/25 müßten diese leisten, unbeschadet dessen, ob sie haftpflichtig sind oder nicht. Aus den Vorlesungen genannter Herren ging weiter hervor, daß die Verluste zum Teil im ersten Halbjahr 1924 liegen und in die Tätigkeit des jetzigen Leiters der Bank, des Herrn Candrag, nicht fallen, ferner, daß die Aufsichtsratsmitglieder, obwohl sie der Bank einigemal persönlich über Schwierigkeiten hinweggekommen, neuerdings eine Diskussion aus eigenem Vermögen mangels jedweder Verpflichtung ablehnten. Die Verluste sind hauptsächlich aus Ankäufen von Wechseln entstanden, die dann nicht eingelöst wurden. So ist die Bank schon lange Zeit, bereits im Jahre 1924 nicht mehr flüssig gewesen, bis nun endlich durch Einstellung der Zahlungen ein Halt gemacht wurde.

Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf, die Sprecher hielten ihre Erregung im Zaum und blieben maßvoll. Ausführungen gaben Justizrat Raabe und Genossenschaftsverbandsdirektor Dr. Dornigel. Aus den Gläubigerreihen kam die Bereitwilligkeit zum Ausdruck, im Interesse des Weiterbestehens der Bank auf einen Prozentsatz der Forderungen verzichten zu wollen. Beim Vorstandssitzung wurde zur Sanierung und gefundener Fortführung der Bank auch der Anteilserhöhung das Wort gesprochen.

Schließlich wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

- 1. Der Vorstand der Bank wird ersucht, sofort die Geschäftsaufsicht beim Amtsgericht Aus zu beantragen.
 - 2. Es ist eine fünfgleidrige Kommission zu wählen, die den Status der Bank genau festlegen und schnellstens Vorschläge machen soll, was zur Rettung der Bank vor dem Konkurs getan werden kann.
- Darauf wurde die Wahl der Kommission mittels Stimmzetteln vorgenommen. Es gingen aus ihr hervor Erster Bürgermeister Hofmann, Aue, Baumeister Bergauer, Aue, Syndikus Dr. Witzsche, Aue, Landgraf, Lugau, Karl Meyer jun., Ebnitz.

Wie wir hören, hat Bürgermeister Hofmann, Aue, die Annahme der Wahl abgelehnt, dafür tritt Georg Groß, Aue, in die Kommission ein, da er die nächstgrößte Stimmenzahl hatte.

Es ist nun abzuwarten, ob das Amtsgericht Aue die Geschäftsaufsicht verfügt und welche Vorschläge die Kommission macht.

Zwischen den Angaben der Berichterstatter und der vorliegenden Bilanz der Bank für den 31. Dezember 1924 ist ein Widerspruch. Es wurde der Versammlung gesagt, daß der größte Teil der Verluste im ersten Halbjahr 1924 entstanden sei. Die erwähnte Bilanz für das Geschäftsjahr 1924 läßt aber davon nichts merken. Im Gegenteil, sie steht nicht unangenehm aus und es werden in ihr sogar 31 307 Mark Reingewinn ausgewiesen. Wenn weiter in dem Geschäftsbericht für das Jahr 1924 vom Vorstand gesagt wird, daß er hoffe, daß das Geschäftsjahr 1925 einen weiteren Aufstieg bringen wird, so liegt hierin und in der Bilanzaufmachung einleuchtend eine Täuschung. Die wohl allerhöchste einberufende Generalversammlung der Genossenschaft wird wohl in dieser Hinsicht noch sehr notwendige Aufklärung bringen müssen.

10 Prozent Mieterhöhung im Januar.

Wie aus Dresden gemeldet wird, ist für den Monat Januar eine etwa zehnprozentige Erhöhung der Miete zu erwarten.

Polizeibericht. Wegen Raubvergehens wurde ein junger Mann aus der Tschechoslowakei festgenommen. — Ein Mann, welcher wegen Urkundenfälschung von der Staatsanwaltschaft Rudolau gesucht wird und im Gerb-Haus ausgehoben ist, wurde festgenommen. — Zwei jugendliche Personen von Grimmitzsch kamen zur Anzeige, weil sie ohne Erlaubnis Kalender in Hiesiger Stadt veräußerten.

Gelehrtenfall. Heute morgen in der 10. Stunde brach in der Wettinerstraße die Achse eines mit Sand beladenen Fuhrwerkes. Die Behebung des Schadens nahm längere Zeit in Anspruch.